Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang

Freitag, 12. August 1921

Nummer 374 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 14 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 95 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kosten 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Stunde der Entscheidung

Die letzten Einigungsversuche in Paris – Lloyd Georges Drohung mit der Abreise – England will das ganze Industriegebiet Deutschland zuteilen

Lloyd George hat gestern abend im Laufe der Besprechungen plötzlich erklärt, er habe soeben aus Irland Nachrichten erhalten, die seine sofortige Abreise nach London notwendig machten. Er wolle Paris Freitag nachmittag verlassen, es sei jedoch immer noch möglich, daß er im letzten Augenblick seine Reise noch vertagen könne. Es dürfte sich um Nachrichten von ganz besonderer Art handeln, denn in der übrigen Welt hat man nichts davon gehört, daß sich in Irland irgendetwas ereignet hätte, was die Anwesenheit des englischen Premiers in London notwendig machen würde. Man könnte eher auf die Vermutung kommen, daß es sich hier um einen letzten entscheidenden Versuch der britischen Regierung handelt, um die französische Regierung zum Aufgeben ihres bisherigen Standpunktes zu zwingen. Es ist nicht der Bruch zwischen England und Frankreich, aber es ist bereits eine verschleierte Drohung mit dem Bruch. Die entscheidende Stunde der Konferenz des Obersten Rates ist gekommen, darüber ist kein Zweifel mehr möglich. Die Stunde ist ernst, nicht nur für die Politik der Alliierten, sondern auch für die politische Stellung Deutschlands.

Das von der französischen Regierung unterrichtete Havas-Bureau verbreitet über die diplomatische Lage am Donnerstag folgenden Bericht:

Im Laufe des Vormittags hat der Sachverständigen-Ausschuß seinen Bericht eingereicht. Er kommt zu dem Ergebnis, daß in dem Industriebezirk als ganzes 16 unteilbare Gruppen bestehen, davon 10 entschieden polnisch sind, 6 deutsch. Allerdings erscheinen unter den letzteren die großen Städte Beuthen, Kattowitz, Gleiwitz, Hindenburg und Königshütte. Wenn die sachlichen Vorarbeiten zu Ende geführt sind, bleibt es die Aufgabe der Regierungen, die Grenzlinie selbst festzusetzen.

Um 6 Uhr besuchten Briand und Loucheur neuerdings die beiden englischen Minister und zwar dauerte die Unterredung eine Stunde. Der englische Ministerpräsident teilte ihnen mit, daß die auf telegraphischem Wege eingegangene Antwort de Valeras, die außerdem auf dem Luftwege bestätigt wurde, sie nötige, dringlichst nach London zurückzukehren, da das englische Kabinett über die Antwort der Sinnfeiner beraten müsse. Gleichzeitig überreichte Lloyd George an Briand den Entwurf der Grenzlinie, der auch die Zustimmung der italienischen Abordnung gefunden hat. Nach Erkundigungen, die der diplomatische Berichterstatter von Havas hat einziehen können, dürfte diese Grenzführung Deutschland das ganze Industriedreieck zufallen lassen, mit Ausnahme eines kleinen Einschnittes östlich von Kattowitz, wodurch den Polen Kochlowitz, Deutsch-Schönwald, Deutsch-Eggersnins und Myslowitz mit ihren Gruben und Zinkfabriken zufallen würde. Diese Grenzführung in dem Industrieteil Oberschlesiens entspricht durchaus der ursprünglichen Linie Percival-de Marini, die Polen die Bezirke Pleß und Rybnik zuweist, die allerdings recht ausgedehnt sind und deren Ausbeutung aber wenig ergiebig ist, während an Deutschland Kattowitz, Königshütte, Beuthen, Hindenburg und Gleiwitz fallen würden, also die hauptsächlichsten Industriezentren. Die englischen Zugeständnisse dieser Linie Percival-de Marini gegenüber kommen nur in dem landwirtschaftlichen Teil im Norden des Industriebezirks zum Vorschein, wo die vorgesehene Grenzlinie nunmehr Lublinitz, Guttentag und Rosenberg an Polen fallen lassen würde.

Sofort nach seiner Rückkehr zum Quai d'Orsay um 7 Uhr abends beauftragte Briand die französischen Sachverständigen, den englisch-italienischen Entwurf nach seinen wirtschaftlichen und ethnischen Folgeerscheinungen hin zu prüfen. Der Ministerpräsident wird den Bericht dem Ministerrat vortragen, der morgen vormittag 9 Uhr stattfinden wird, und die Mitglieder der Regierung werden dann entscheiden, ob er angenommen werden soll.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Chronicle" sagt, daß bei den Unterredungen der Premierminister Briand mit großer Heftigkeit darauf gedrungen habe, daß die französische Linie angenommen werde. Lloyd George habe sich dazu nicht verstehen wollen; er meinte, daß die Angelegenheit in den Händen der Sachverständigen liege; bis diese ihren Bericht vollendet hätten, wäre es möglich, die Grundlagen eines Einvernehmens zu erörtern. Er erklärte, daß er sich jedem Aufschub widersetze, und daß es unbedingt im Interesse aller Beteiligten liege, wenn man vor Ende der Konferenz zu einem Einvernehmen gelange. Das äußerste Zugeständnis, das Lloyd George machte, sei seine Bereitwilligkeit gewesen, wenn möglich auch noch den Sonnabend in Paris zu verbringen, er habe nicht die Absicht, die Verhandlungen ins Endlose hinziehen zu lassen oder einer neuen Konferenz in London oder Boulogne zuzustimmen. Lloyd George habe Briand zu verstehen gegeben, daß er seine Forderungen hinsichtlich Oberschlesiens um kein Jota ändern werde. Der französische Ministerpräsident Briand habe vergeblich versucht, Lloyd George einige Zugeständnisse zu entreißen. Dieser habe auf seinem Standpunkt verharrt und noch erklärt: „Ich muß, wenn möglich, Sonnabend abreisen. Versuchen wir mit allen Kräften, unsere Meinungsverschiedenheiten bis dahin zu regeln. Denn alle Verzögerungen beginnen bereits, mich zu ermüden."

Heute vormittag werden in Paris noch die größten Anstrengungen gemacht, um den offenen Bruch zu verhindern. Der italienische Ministerpräsident, der sich allerdings unzweideutig für den englischen Standpunkt erklärt hat, sucht zwischen Briand und Lloyd George zu vermitteln. Auch der amerikanische Delegierte, Botschafter Harvey, soll in dieser Richtung tätig sein. Die deutsche Regierung hat wiederholt erklärt, daß es ihr ferne liege, auf einen Bruch der Alliierten hinzuarbeiten. Diese Auffassung entspricht durchaus den Interessen der deutschen Außenpolitik, und deshalb kann es nicht gleichgültig sein, was sich jetzt in Paris abspielt. Die Entscheidung über Oberschlesien muß dadurch aufs neue hinausgezogen und neuer nationalistischer Verhetzung Raum gegeben werden. Der Reichskanzler hat für heute den Reichstagspräsidenten Löbe und den Abgeordneten Stresemann als Vorsitzenden des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten zu einer Besprechung telegraphisch nach Berlin bestellt. Man kann annehmen, daß diese Zusammenkunft nicht allein den gestrigen Ereignissen in Paris, sondern der gesamten außerordentlich gespannten politischen Lage gewidmet sein wird.

An den Pariser Vorgängen kann die Arbeiterklasse wiederum mit aller Deutlichkeit erkennen, nach welchen Methoden die Politik der kapitalistischen Regierungen arbeitet. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker spielt dabei gar keine Rolle; bestimmt wird diese Politik lediglich von den kapitalistischen und imperialistischen Interessen der eigenen Bourgeoisie.

Aufregung der Pariser Presse

Paris, 12. August.

Der „Petit Parisien" erklärt: Frankreich hat gestern **neue Anstrengungen zu einer Versöhnung** gemacht. Es entschloß sich für eine Grenzlinie, die fast der des Grafen Sforza gleichkommt, die Deutschland die Gebiete von Gleiwitz und Hindenburg mit 12 Bergwerken zuweist. Diese Grenzlinie würde Polen etwas mehr als 230 000 Polen und etwa 150 000 Deutsche, Deutschland etwa 460 000 Deutsche und 230 000 Polen zuweisen. Wenn man diese Ziffern betrachte, so werde man sehen, wie man sich damit **den arithmetischen Ergebnissen der Abstimmung nähere.** Lloyd George habe versucht, sich entgegenkommend zu zeigen, aber den Polen habe er vom Industriegebiet nur Myslowitz mit seinen Zinkfabriken an der Nordgrenze von Kamin mit den Zinkbergwerken und an der Südgrenze die Bezirke von Bietchewitz, Friedrichsdorf und Neudorf zugestehen wollen. Die angebliche Aufteilung des Industriegebietes hätte sich also darauf beschränkt, daß die Polen einige Grenzorte mehr erhalten hätten. Um diese Lösung zu bewerten, müsse man wissen, **daß die Polen dadurch nur 200 000 Einwohner zugewiesen erhielten,** die für Polen stimmten, während **Deutschland nur 110 000 Stimmen verlöre,** die sich für Deutschland ausgesprochen hatten. Von englischer Seite werde hervorgehoben, daß die Vorteile dieser Lösung darin beständen, daß sich zu beiden Seiten der so gezogenen Grenze die deutschen und polnischen Stimmen die Wage hielten. Aber der „Petit Parisien" erklärt, daß eine solche Teilung dem Abstimmungsergebnis widerspreche. Nachdem Lloyd George sich bereits damit abgefunden hatte, daß das Industriegebiet in 16 Zonen zerlegt werde, wünscht er, eine Verteilung vorzunehmen, die der von Percival gleicht und somit ebenfalls der Abstimmung widerspricht. Diese **Unnachgiebigkeit von Lloyd George** erscheine um so überraschender, als, selbst wenn man den Grundsatz aufstellen wolle, daß eine deutsche Mehrheit von 2:1 die Zuteilung von Oertlichkeiten an Deutschland bestimmen solle, dieses Prinzip nur in der Zone von Königshütte angewendet werden könne, wo sich 12 000 polnische und 33 000 deutsche Stimmen finden. Ueberall im übrigen Innern des Industriegebietes sei die deutsche Mehrheit nicht so groß, daß sie den Vorschlag Lloyd Georges rechtfertige, oder vielmehr den Beschluß jener, die seine Berater sind.

Auch das „Echo de Paris" wendet sich eindringlich gegen den Standpunkt Lloyd Georges und erklärt, daß England den Polen nur die Distrikte von Pleß und Rybnik zuweisen wolle. Ferner wurde in den gestrigen Besprechungen zwischen Briand und Lloyd George das Zugeständnis gemacht, daß Polen gewisse Oertlichkeiten erhalten solle, in denen Zinnfabriken vorhanden sind, wie Klokowitz, Myslowitz, Schönwald. Gegen Westen zu würde, dem Zugeständnis Lloyd Georges zufolge, die Warschauer Regierung Tarnowitz, Tost und Strehlitz erhalten. In ihrer ganzen Ausdehnung bliebe aber die **Eisenbahnlinie Kosel—Gleiwitz—Königshütte Eigentum der Deutschen.** Von Strehlitz an erstreckte die Teilungslinie die Eisenbahnstrehlitz—Rosenberg bis mitten auf den Weg von Guttentag nach Rosenberg. Sodann würde diese **neue, von den Engländern vorgeschlagene Grenzlinie im Norden von Rosenberg in polnisches Gebiet übergehen.** Briand und Loucheur erklärten Lloyd George, daß sie diesem Vorschlage nicht zustimmen könnten, und daß er keine Grundlage zu weiteren Verhandlungen biete. Am Nachmittag untersuchten die französischen Vertreter genau den englischen Vorschlag und kamen zu dieser Erkenntnis, er spräche **200 000 Polen den Polen, 270 Polen Deutschland, 100 000 Deutsche Polen und 600 000 Deutsche Deutschland** zu. Die französischen Wortführer begnügten sich nicht damit, dem englischen Vorschlag nur einen auf diese Ziffern gegründeten Widerstand entgegenzusetzen. Man hatte ihnen den Vorwurf gemacht, daß sie selbst keine Grenzlinie vorzuschlagen wüßten, sondern sich einfach darauf beschränkten, alles abzulehnen. Nun erklärten die französischen Vertreter, daß sie sich an die Sforzalinie hielten, die den Deutschen Gebiete von Gleiwitz und Hindenburg, also im Westen des Industriegebietes, zuweise. Die Sforzalinie sichere Polen und Deutschland ungefähr die gleiche Anzahl von Stimmberechtigten. Lloyd George erklärte sich für nichtbefriedigt und erbot sich, Friedrichsdorf, Neudorf und Bietchewitz Polen zuzuschlagen.

Im gleichen Sinne sind die Ausführungen des „Matin" gehalten. Er erklärt, daß Lloyd George den Vorwand gebrauchte, daß ihn die irische Frage nach England zurückrufe, um dem Obersten Rate nicht das Schauspiel einer grundlegenden Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich zu bieten. **Briand und Lloyd George seien bestrebt, den Bruch zu vermeiden oder wenigstens Zeit zu gewinnen, dessen Folgen zu mildern.** Sie zogen es vor, die offiziellen Debatten abzubrechen, **um Mittel zu einer späteren Verständigung zu suchen.** Wenn man aber den großen Unterschied zwischen der englischen und der französischen Anschauung betrachtet, so scheint es schon heute sehr zweifelhaft, daß die beiden Länder im Einvernehmen die oberschlesische Angelegenheit regeln könnten. Heute morgen werde man alle Einzelheiten über die letzte Zusammenkunft zwischen Briand und Lloyd George erfahren. Wenn irgendeine Möglichkeit bestehe, die Einigkeit der Alliierten aufrechtzuerhalten, würde sie eifrig ergriffen werden. **Aber die oberschlesische Angelegenheit werde zweifellos nicht mehr besprochen werden.** Der „Matin" schließt: „Wenn, entgegen dem Wunsche Frankreichs und seiner Regierung, die französisch-englische Entente wegen der oberschlesischen Frage gebrochen werden sollte, dann müßte Frankreich zu seinem Bedauern feststellen, **daß es Lloyd George war, der mit allen Mitteln und unter allen Umständen die deutsche Sache verfochten hat."**

In ähnlichem Tone sind auch die Ausführungen anderer Blätter gehalten, die es Lloyd George und seinen Funktionären vorhalten, daß sie sich **zu sehr mit Deutschland eingelassen hätten, und daß Deutschland bereits ernste Versprechungen gegeben worden seien,** so daß England nicht mehr zurücktreten könnte. Das „Journal" hebt hervor, daß die Haltung Frankreichs ganz anders sei. Es habe Polen bisher keine Versprechungen gegeben und habe es vermieden, mit Polen irgendwelche militärischen, wirtschaftlichen oder finanziellen Abmachungen zu treffen, und wenn Frankreich Polen verteidige, geschehe es nur aus Gerechtigkeitssinn. Der „Figaro" macht Deutschland darauf aufmerksam, wenn es irgendwelchen Nutzen aus der Vertagung der Entscheidung über Oberschlesien ziehen wolle, **würde sich Frankreich das Recht vorbehalten, am Rheine selbständig vorzugehen.**

Das letzte Zugeständnis Briands

Paris, 12. August.

Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß Briand gestern abend die englische Delegation davon verständigt habe, **daß er schließlich die Sforzalinie annehmen** würde die Polen den Westteil des Industriegebietes, besonders **Gleiwitz, Hindenburg und Tarnowitz** zuteilt.

Die ferneren Verhandlungen

Paris, 12. August.

Während der Abwesenheit Lloyd Georges, der heute vormittag abreisen wird, wird **Lord Curzon** die Verhandlungen in Paris führen.

Die gestrigen Tagesereignisse zusammenfassend sagt Havas: Während man bereits gedacht habe, die Grundlage für eine Lösung auf der mittleren Linie gefunden zu haben, und zwar durch die Teilung des Industriegebiets und Industriebezirkes, sei nunmehr doch alles wieder durch den gestern abend vorgelegten Entwurf in Frage gestellt, da dieser Entwurf wieder auf **die Unteilbarkeit dieses Bezirkes zurückkomme.** Havas hofft, daß die jetzige Krise die gleiche Lösung finden werde, wie man sie bei früheren Differenzen an ähnlichen Krisen gefunden habe, und die zu einer gerechten und billigen Lösung führen werde, die von allen angenommen werden könne. **Man habe in der Tat auf französischer Seite sowohl wie bei den Engländern das sehr deutliche Gefühl, daß die Konferenz ganz unmöglich werde auseinandergehen können, ohne die Frage der Teilung Oberschlesiens geregelt zu haben.**

Besprechungen in Berlin

Der Reichskanzler hat heute vormittag den in Berlin eingetroffenen Reichstagspräsidenten Loebe und den in Berlin weilenden stellvertretenden Vorsitzenden des Reichstagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, den Abgeordneten Müller-Franken, empfangen.

Die schlesische Landplage

Für den schlesischen Selbstschutz werden, wie allgemein bekannt ist, immer noch geheime Werbungen vorgenommen. Die bekannte Arbeitsgemeinschaft Roßbach zieht alle ihre Streitkräfte dort zusammen. So sind erst letzthin die Mannschaften aus Pommern nach Schlesien transportiert worden. Im Kreise Trebnitz, wo sie sich hordenweise niedergelassen haben, ist unter der Arbeiterschaft eine große Erregung entstanden. Die Truppen rücken jeweils mit schwarz-weiß-roten Fahnen und dem Gesang monarchistischer Lieder in ihre Standorte ein. Die Leute sollen angeblich dazu bestimmt sein, Landarbeit zu verrichten. Die Leute arbeiten aber in Wirklichkeit nicht, außerdem gibt es in Schlesien genügend Arbeitskräfte zum Einbringen der Ernte.

Da die Leute mit Waffen herumlaufen, Schlägereien provozieren und Drohungen gegen die Regierung und die Republik ausstoßen, hat sich zwischen ihnen und den Arbeitern ein richtiger Kriegszustand entwickelt. Im Kreise Trebnitz ist der Führer der Arbeitsgemeinschaft Roßbach ein Leutnant mit dem hübschen Namen Klemm. Er stellt für seine Leute Waffenscheine aus, und die Polizei genehmigt dann auf Grund dieser Ausweise das Tragen von Waffen. Anfang August forderte die Arbeiterschaft in Trebnitz die Entwaffnung dieser Leute. Es fanden Verhandlungen statt. Dabei erklärte Leutnant Klemm: **„Es fällt mir gar nicht ein, meinen Leuten die Waffen abzunehmen, in Zukunft werde ich ihnen nicht nur eine, sondern zwei Waffen geben, die Arbeiter sollen sich in acht nehmen, sonst wird in zwei Stunden die ganze Stadt Trebnitz in Klump geschlagen."**

Was geschah nun? Die Gutsbesitzer, die den Orgeschbrüdern in Schlesien Unterkunft gewähren, forderten von Breslau die Hilfe der Schutzpolizei an. In Trebnitz, so wurde gemeldet, herrsche heller Aufruhr, die Kommunisten hätten dort Oberwasser bekommen. Tatsächlich erschien auch die Schutzpolizei, und statt der Orgeschleute wurden mehrere Arbeiter festgenommen. Durch das Eingreifen des Landrats wurde der Streit schließlich geschlichtet, aber an eine Entfernung der Arbeitsgemeinschaft Roßbach aus Schlesien denkt keine Behörde. Und doch ist es klar, daß die Arbeitsgemeinschaft nicht zum Arbeiten nach Schlesien gekommen ist, sondern zum Kriegführen. Wie denn überhaupt der militärische Charakter der Arbeitsgemeinschaften immer klarer zutage tritt. Mit dem Menschenmaterial der Arbeitsgemeinschaften können die Reaktionäre freilich keinen Staat machen. Der Abhub des Krieges hat sich in diesen Organisationen zusammengefunden, es sind zumeist Leute, die sich vor einer geregelten Arbeit fürchten und denen das Kriegführen — mit Essen, Trinken und, wenn es angängig ist, auch Stehlen — ein ehrsameres Handwerk dünkt.

Auch über die militärischen Führer dieser Organisationen schwebt ein großes Dunkel. Aus Halle wurde vor etwa einem halben Jahr gemeldet, daß dort ein Leutnant namens Klemm, der die Organisation Escherich in der Provinz Sachsen durchführen sollte, mit drei Millionen Mark flüchtig geworden sei. Vielleicht ist das ein Fingerzeig für die Behörden, Nachforschungen darüber anzustellen, ob der aus Halle geflüchtete Leutnant Klemm mit dem jetzt in Trebnitz residierenden Leutnant Klemm identisch ist.

Die staatsgefährliche Polizei

Im reaktionären Blätterwald tobt großer Sturm, weil die Braunschweiger Regierung es gewagt hat, Schutzpolizisten, die sich monarchistischen Geheimorganisationen angeschlossen hatten, zu entlassen. Die Verfügung der Braunschweigischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

„Die bei der Polizeidirektion Braunschweig beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter, einschließlich derjenigen der Schutzabteilung, von denen feststeht, daß sie dem Bunde der Frontsoldaten „Stahlhelm" oder ähnlichen Vereinigungen angehören, oder die durch Handlungen gezeigt haben, daß sie werbend oder fördernd für derartige Vereinigungen eintreten, sind, soweit sie auf Kündigung angestellt sind, für den Polizeidienst als ungeeignet anzusehen und daher sofort aus dem Dienst zu entlassen.

Bezüglich der festangestellten Angehörigen der Polizeidirektion und der Landjägerei sowie der Oberbeamten der Schutzabteilung ist entsprechend zu berichten.

Allen Angehörigen der Polizeidirektion Braunschweig, einschließlich derjenigen der Schutzabteilung, und denen der Landjägerei wird hiermit die Mitgliedschaft im Bunde der Frontsoldaten „Stahlhelm" und ähnlichen Vereinigungen aus dem oben angegebenen Grunde untersagt.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verfügung werden im Wege des Disziplinarverfahrens geahndet werden."

Diese Verfügung ist so sachlich gehalten, daß auch der Reichsminister des Innern, dessen Hilfe die Reaktionäre erbeten haben, sie nicht außer Kraft setzen kann. Der Braunschweiger Regierung steht schwerwiegendes Material über das Treiben der Geheimorganisationen zur Verfügung, und es ist anzunehmen, daß auch die Reichsregierung über den Charakter des „Stahlhelm"-Bundes unterrichtet ist. Als erfreuliches Zeichen muß die Tatsache gebucht werden, daß die Braunschweiger Regierung sich durch den eingeleiteten Protestrummel von interessierter Seite nicht beirren ließ. Die Entlassung der 54 Schutzbeamten, die dem „Stahlhelm" angehörten, ist gestern erfolgt.

Immer noch Waffenlager

Die Entwaffnung ist restlos durchgeführt — aber nur, sofern die Arbeiter in Betracht kommen. Die Reaktion verfügt immer noch über zahlreiche Lager, das beweist erneut eine Meldung des „Vorwärts" aus Frankfurt a. d. O.: Bei der Waffenerfassungsstelle in Berlin war eine Meldung eingelaufen, daß sich in Frankfurt a. d. O. ein größeres Waffenlager befinde. Mehrere Berliner Beamte von der Erfassungsstelle begaben sich darauf nach Frankfurt und fuhren dann im Auto zu dem angegebenen Waffenlager, das sie bei einem Gastwirt in der Oderstraße feststellten. Der Gastwirt leugnete anfangs. Die Beamten begannen sofort mit der Durchsuchung aller Räumlichkeiten und fanden größere Posten von Leuchtkugeln, Zündschnüren und außerdem 100 Stielhandgranaten. Das Lager wurde beschlagnahmt, der Gastwirt verhaftet, aber wieder freigelassen. Natürlich! Die Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Aus dem dunkelsten Deutschland

Wir berichteten dieser Tage von dem Internationalen Kongreß für Sexualreform, der Mitte September in Berlin abgehalten werden soll. Der rühmlichst bekannte „Miesbacher Anzeiger" hat auch davon gehört und schreibt unter der Ueberschrift „Sodoma":

„Der Apostel für Sodomie, der Spinat-Spezialist Hirschfeld, hat für den September einen Schweinekongreß nach Berlin einberufen.

Es handelt sich wieder einmal um einen Sturmlauf gegen den Paragraphen 175.

Der alte galizische Saubär betreibt seit Jahren die Freigabe der Sodomie wie eine Sache des Volkswohles. Er lebt in Berlin mitten unter dem schamlosen Treiben, das längst keine Angst mehr vor dem Gesetz zeigt. Die männlichen Straßenhuren bieten sich an den belebtesten Orten an, es gibt täglich Bälle der Sodomiten, es gibt Zeitungen, Fachblätter für Sodomie, in denen sich Männer als Verlobte von Männern anzeigen — das Alles ist noch nicht genug.

Der Spinat-Apostel will das Laster noch mehr auf die Straße zerren, er will die Jugend von Grund aus vergiften und das Proletariat soll dem übersättigten, galizischen Judenlumpen die Lustknaben stellen.

Der Kerl hat ja den Versuch gemacht, auch in München seine säuische Propaganda zu eröffnen, aber ein paar ordentliche Jagdhiebe haben dem alten Saubären gezeigt, daß er nur in seinem Berliner Stall grunzen darf.

Zu uns kommt das Borstenvieh nicht mehr, weil es ahnt, daß ihm das nächste Mal die Schädeldecke eingeschlagen werden könnte.

In Berlin aber hält er den Spinat-Kongreß ab."

Der Spießbürger kann sich das Geschlechtliche nur als Schweinerei vorstellen. Es ist ihm völlig unfaßlich, daß sexuelle Probleme sonst und ohne Lüsternheit behandelt werden können. Nun gar einer von dem Bildungsrad des „Miesbachers", der nicht weiß, daß Sodomie Unzucht mit Tieren bedeutet, und kein geistesgesunder Mensch bisher die Aufhebung dieser Strafbestimmung gefordert hat. Wie sollte man diesen Leuten, die auf die Abänderung des § 175 zielenden Bestrebungen klarmachen, wie ihnen beibringen, daß die Homosexualität eine angeborene Veranlagung ist, und ihre Betätigung deshalb nur dann bestraft werden sollte, wenn es sich um Verführung von Jugendlichen handelt? Dem großen Heer der Miesbacher in- und außerhalb Bayerns geht so etwas nicht ein. Nur eins wollen wir dem ebenso geist- wie gemütvollen Artikelschreiber zur Ergänzung seiner wertvollen Ausführungen mitteilen: Der galizische Ort, in dem Dr. Hirschfeld geboren wurde, heißt Kolberg und liegt an der Ostsee. Die Stadt hat dem Vater des Gelehrten ein Denkmal gesetzt, jedenfalls aus dem Grunde, weil er auch ein hervorragender „Saubär" gewesen ist.

„Kurz und bündig"

Die vom „Tag" übernommenen „Post"-Esel veröffentlichen eine Notiz, derzufolge die Bauern des Gouvernements Tambow den in ihre Hände gefallenen Kommissar Pekinon gefragt haben sollen: „Bist du Kommunist?" Als Pekinon erwiderte: „Ja, Mitglied der russischen Kommunistenpartei", hieben ihm die Bauern kurzerhand den Kopf ab. Diese Notiz versieht der Tag mit der Ueberschrift „Kurz und bündig" und drückt damit seine Genugtuung über die Handlungsweise der hungernden Bauern aus. — Wie wäre es, wenn das deutsche Volk, das den „Post"- bzw. den „Tag"-Eseln und den Hintermännern des „Tag", denen es nicht nur vier Kohlrübenjahre während des Krieges, sondern noch weit schlimmeres Elend anderer Art verdankt, „kurz und bündig" gehandelt hätte!

Ein Richter für weibliche Schöffen

Daß auch in Richterkreisen die Zulassung von Frauen als Laienrichter nicht überall abgelehnt wird, geht aus folgendem hervor: Ein hessischer Landrichter, der die Reichsverfassung ihrem Sinne nach auslegte, hat bereits ein Jahr lang mit weiblichen Schöffen gearbeitet, an manchen Tagen waren sogar beide Schöffen Frauen. Ueber seine Erfahrungen berichtet er folgendermaßen:

„Das Wirken der Frauen als Schöffen war musterhaft, besser als das vieler Männer. Ich schreibe aber diesen Erfolg dem Umstand zu, daß ich — seit mehr als 20 Jahren in meinem ländlichen Amtsgerichtsbezirk tätig — kraft meiner genauen Kenntnis der Persönlichkeiten auf eine Auswahl solcher Frauen habe einwirken können, die für das Amt geeignet waren."

Wenn diese Auswahl nicht nach politischen Gesichtspunkten erfolgt ist, sondern von dem Bestreben, reife, im Lebenskampf erfahrene Frauen zu finden, geleitet war, kann man nur wünschen, daß das gleiche Verfahren auch Männern gegenüber in Anwendung kommt. Jedenfalls beweist das Urteil dieses einen Richters schlagend, wie unsinnig die Einwände sind, die gegen die Zulassung der Frauen zum Laienrichteramt erhoben werden.

Horthykurs in Jugoslawien

Belgrad, 10. August.

Der Minister des Innern hat die Entlassung aller Beamten, die mit der Kommunistischen Partei Beziehungen hatten oder noch haben, angeordnet. Der Untersuchungsrichter hat von der politischen Behörde die Auslieferung aller gewesenen kommunistischen Abgeordneten verlangt.

Der Wohnungsbau für alliierte Offiziere und Unteroffiziere im besetzten Gebiet. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit, daß für das gesamte besetzte Gebiet im Laufe des Rechnungsjahres 1921 rund 3000 Offiziers- und rund 14 000 Unteroffizierswohnungen zur Ausführung genehmigt worden sind, und daß im Rechnungsjahr 1922 weitere Wohnbauten in großer Zahl errichtet und die Mittel dafür im Haushaltsplan angefordert werden sollen.

Der Konflikt in der Braunschweiger Metallindustrie. Bei den Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallindustrie unter Vorsitz des Ministers Scheinbrecher ist ein erweiterter Vergleichsvorschlag zustandegekommen. Falls dieser Vorschlag bis Freitag die Zustimmung der Arbeitnehmer findet, soll die Arbeit am Sonnabend wieder aufgenommen werden.

Deutschland hungert

Wer's nicht glaubt, der lese einmal die Berichte der bürgerlichen Presse über das „Modefest im Grunewald". Zwei- oder dreimal im Jahre läd der „Verband der deutschen Mode-Industrie" seine Mitglieder, Freunde und Gönner (lies: Kunden) zu solchen Modefesten nach Berlin. Ministerielle Geheimräte, Professoren, kurzum die Spitzen der Regierung halten dann große Reden über die wirtschaftliche Notwendigkeit des Luxus, über den Wiederaufbau der deutschen Industrie und die vaterländische Arbeit des Handels. Lassen wir einmal die bürgerlichen Blätter darüber berichten, wie dieser „Wiederaufbau" der um ihre Existenz ringenden Mode-Industie in der Nähe aussieht. Die „Berliner Montagspost" schreibt unter anderem:

Denn in den Restaurationsräumen der Rennbahn wurde eifrig getafelt. Eng standen die Tische. Man denke: die großen Fabrikanten aus dem Vogtlande, die Rauchwarenkönige, die nur in Millionen zu rechnen gewöhnt sind, die Firmeninhaber der weltbekannten Häuser der Berliner Bekleidungsindustrie taten sich dort gütlich. Der Sekt floß mit dem Regen draußen um die Wette, man ließ sich nichts abgehen, aß ausgiebig und betrachtete die Damen an den Nebentischen und was sie anhatten.

Und der „Lokalanzeiger" ergänzt das Bild:

„Man versprach dem Verbande allerlei: Fabelhaftes Essen, drei Kapellen, Tanzpodium im Freien, Feuerwerk, großzügige Tombola (warum auch nicht, sie ist ja auch ein gutes Geschäft!), bei der sogar ein Spitzenkleid des Modehauses Günther, als erster Preis gestiftet, in Aussicht stand, das aber auf bisher unaufgeklärte Weise verschwand."

Und weiter:

„Obwohl festgestellt werden muß, daß die Provinz (die männliche natürlich) sich in ihren eingehenden Modestudien, namentlich der hübschen Berliner Gelbsterne, keineswegs stören ließ. Man tanzte, trotz der drangvoll fürchterlichen Enge, in zwei Sälen, bis in den frühen Morgen."

„Der Sekt floß mit dem Regen draußen um die Wette." Na, wenn nun die Entente nicht einsieht, daß Deutschland am Verhungern ist und unter der Last des Versailler Vertrages zugrunde geht! Ausgerechnet dieselben Kreise, die am lautesten die Armut Deutschlands beteuern und die Unmöglichkeit, die Forderungen Frankreichs zu erfüllen, ausgerechnet dieselben Leute feiern solche Freß- und Saufgelage! Alles für den wirtschaftlichen Wiederaufbau!

Und dabei hungert Deutschland tatsächlich! Aber das ist allerdings ein anderes, das ist das arbeitende Deutschland. Wie sehen wohl die Arbeiter, die Weber und Spinner, die kleinen Nähmädchen und Bureauangestellten dieser dicken, vollgefressenen Fabrikanten aus, die da im Grunewald ihr „fabelhaftes" Essen vertilgen und mit dem Zahnstocher im Mund zu den Modemädchen hinüberblinzeln, die ihnen vorgeführt werden wie die Opfer eines modernen Sklavenmarktes. Wie sieht es wohl in den Wohnungen der Arbeiter aus, die ein ganzes Jahr arbeiten müssen, um das Geld zusammenzukriegen, das ihre Brotherren da im Grunewald an einem einzigen Abend ausgeben? Ob sie auch so ein „fabelhaftes" Essen vor sich stehen haben? Und wie mag es erst bei den Arbeitslosen aussehen, die von diesen „großen Fabrikanten aus dem Vogtlande" schonungslos auf die Straße gesetzt werden, wenn das Geschäft mal nicht so ganz glänzend geht?

In den Berliner Gemeindeschulen leiden über 50 Prozent der Kinder an Unterernährung. In Rußland liegen nicht Hunderttausende, sondern Millionen von Menschen auf den Straßen, nagen die Rinde von den Bäumen, fressen die Eingeweide verfaulter Tierkadaver und krepieren doch vor Hunger — und im Grunewald „fließt der Sekt mit dem Regen um die Wette".

Das ist das wahre, das richtige, das maskenlose Gesicht der kapitalistischen „Wirtschaftsordnung". Wenn aber die Arbeiter, von deren Arbeit die fetten Industrieherren den Sekt bezahlen, mal aufstehen und den Herrschaften das Sektglas aus der Hand schlagen — dann ist die ganze Welt empört, dann rückt die Sipo und die Reichswehr an und bildet mit ihren Bajonetten einen schützenden Wall um die Fresser und Säufer im Grunewald. Denn es gilt das Heiligste zu schützen, was die bürgerliche Gesellschaft kennt: das Eigentum! Das heißt: die Berechtigung, zu fressen und zu saufen, während draußen die Kinder der Arbeitslosen verhungern. Das ist die Gerechtigkeit des kapitalistischen Staates, der sich in diesem Falle „Republik Deutschland" nennt. Und das ist zugleich das erste Kapitel aus der Naturgeschichte des Bolschewismus.

H. S.

Die schön gestickte rote Fahne

Dem Teilnehmer der letzten großen Demonstrationen des Berliner Proletariats mußte es auffallen, daß die Zahl der mitgeführten roten Fahnen und Banner von einer Kundgebung zur andern immer größer wird. In vielen Distrikten und Ortsgruppen, woselbst es den Genossen bisher an Fahnen mangelte, bemüht man sich eifrig um die Beschaffung derselben, um das rote Pannier des kämpfenden Weltproletariats mit vorantragen zu können.

Soweit die Fahnenbeschaffung in Frage kommt, kann man die Bemühungen unserer Genossen nur erfreulich nennen. Aber dann folgt in sehr vielen Fällen das Unglück auf dem Fuße, indem die Fahne (oder das Banner, je nachdem) „verziert" wird! O diese Verzierungen! In Oel gemalte, in Seide oder Gold gestickte, armdicke Buchstaben und Embleme, goldene Quasten und Schnüre und so weiter. Was unterscheidet so ein protzig aufgedonnertes „Kampfpanier" von dem Vereinsbanner irgend einer mittelalterlichen Bäckermeisterinnung, oder eines bürgerlichen Kriegervereins? Sind wir verknöcherte Kleinbürger, daß wir es dem goldund seidenfrohen Bourgeois nachmachen müssen? Geht es nicht ohne den „Kernspruch", ohne die große Parteifirma, die aufgehende Sonne, die beiden verschlungenen Hände und ähnliche Mätzchen? Bilder und Aufschriften brauchen deshalb bei der Demonstration nicht zu fehlen. Man kann sie auf Pappschilder malen und damit der Kundgebung jeweils das entsprechende Gepräge geben. Aber die Fahne soll man damit verschonen! Unsere Fahne ist kein Blankoplakat, daß die Genossen in den einzelnen Orten und Ländern je nach Geschmack und Kassenbestand mehr oder weniger dick betroddeln und „verzieren" dürfen!

Das klassenbewußte Proletariat der ganzen Welt hat nur eine Fahne, die weder kirchturmspolitisch noch national gekennzeichnet werden darf. Wir dürfen auch keine prunkenden und keine armseligen Fahnen haben. Die Genossen in Reinickendorf und Grunewald, in Griechenland und Kanada, in Petersburg und Buxtehude haben nur eine Fahne! Und diese eine Fahne ist ein einfaches rotes Tuch am einfachen schwarzen Schaft. Kein Maler eines Revolutionsgemäldes wird die rote Fahne je anders darstellen. (Das schließt nicht aus, daß man eine Ecke des Fahnentuches mit wenigen, die rote Fläche nicht störenden Schriftzeichen (Vereinsinitialen) versieht, um ein etwaiges Verwechseln zu vermeiden.)

In den Ortsgruppen und Distrikten, wo die Fahnenfrage noch nicht entschieden ist, werden die damit betrauten Genossen gut tun, im Sinne obiger Anregungen zu verfahren. Hohe Ideen in schlechten Bildern und Versen zur Schau zu tragen, ist bürgerlich und geschmacklos. Wir aber wollen keines von beiden sein. Wir wollen Proletarier sein, die ihrer roten Fahne folgen.

Georg Kaufmann.

Der Annoncensumpf. „Der Zeitungsverlag", das Organ der bürgerlichen Zeitungsverleger, veröffentlicht ständig Listen zweifelhafter Inserate, um die Oeffentlichkeit vor ihnen zu schützen. Nichtsdestoweniger findet man dieselben oder ähnliche Inserate immer wieder in den bürgerlichen Blättern. Da wimmelt es nur so von Kurpfuschern, Vorschußjägern, Nebenverdienstlhnänern, Okkultisten, Astrologen, Graphologen, Magnetiseuren, Hypnotiseuren und ähnlichen Schwindlern. In Berlin allein treiben ihrer über 1000 ihr Unwesen, dem namentlich Frauen und Mädchen leicht zum Opfer fallen. In letzter Zeit haben sie sich durch die Organisatoren der famosen „Wettkonzerne" um einen neuen Typus vermehrt. Aber auch gewisse Verleger gehören zu ihnen, vor allem die Verschleißer der sogenannten Erfolgsliteratur. Man muß nur einen Blick auf die Titel der Bücher werfen, die diese Biedermänner, oft zu sehr gepfefferten Preisen, in den Handel bringen. Da gibt es einen Liebesbriefsteller mit dem schönen Titel: „Wie bezwinge ich Menschen?" Besser ist aber zweifellos: „Der Unüberwindliche oder

Einladung zur Washintoner Konferenz

EE. **Washington**, 12. August.

Präsident Harding erließ an die Regierungen Frankreichs, Englands, Japans, Italiens und Chinas folgende Einladung:

„Der Präsident der Vereinigten Staaten ist von der herzlichen Antwort tief bewegt, die auf seine Anregung gegeben wurde, daß eine internationale Konferenz zur Einschränkung der Rüstungen im Zusammenhange mit der Erörterung der Frage des Stillen Ozeans und den Problemen des fernen Ostens einberufen werde. **Jede produktive Arbeit stirbt unter den wirtschaftlichen Lasten, die bereits zu schwer geworden sind für die Stetigkeit und Sicherheit der sozialen Gerechtigkeit**, und für die Sicherheit des Friedens wäre es sehr unproduktiv, wenn man nicht auf dem Wege der Abrüstungen Fortschritte machen wollte. **Die ungeheuren Ausgaben, die sich aus dem Wettbewerb bei den Rüstungen erklären, verhindern nationalen Aufschwung und nationales Glück.** Die außergewöhnlichen Ausgaben dieser Art sind nicht nur wirtschaftlich nicht gerechtfertigt, sondern sind eher **eine ständige Bedrohung des Weltfriedens**, als ein Schutz oder eine Sicherheit gegen den Ausbruch eines Krieges. Deshalb müssen die Mächte sofort eine Grundlage treffen für Abmachungen, damit die Rüstungen eingeschränkt werden. Die Zeit, diese Frage auf einer Konferenz zu erörtern, ist außerordentlich günstig. Die Erörterung der **Einschränkung der Rüstungen zur See** soll zwar den ersten Platz einnehmen, aber es sollen dabei nicht Fragen ausgeschlossen sein, die sich auch auf andere Rüstungen beziehen, damit alle praktischen Maßnahmen getroffen werden können, die notwendig sind. Es sollen bestimmte Vorschläge formuliert werden, die im Interesse der Menschheit liegen. Es ist klar, daß der Weltfriede in keiner Weise als gesichert betrachtet werden kann, wenn nicht der lebhafte Wunsch besteht, den Frieden zu erhalten, was nur dadurch geschehen kann, daß die Rüstungen eingeschränkt werden. Es sollen die Ursachen, die zu Mißverständnissen führen könnten, beseitigt werden. Es ist der ernste Wunsch der amerikanischen Regierung, daß durch einen solchen Gedankenaustausch bindende Beschlüsse zustande kommen, namentlich eine Lösung der Frage des Pazifischen Ozeans und der Probleme des fernen Ostens, die in dieser Zeit von besonderer Bedeutung sind.

Die amerikanische Regierung hat nicht die Absicht, die Anschauungen mitzuteilen, die bei der Erörterung der Frage des Stillen Ozeans und im fernen Osten vertreten werden. Sie wünscht deshalb nicht, daß vor der formellen Konferenz bereits Erörterungen stattfinden, doch wünscht sie, daß die offiziellen Erörterungen in einem Geiste der Freundschaft und in herzlicher Würde stattfinden. Alle Nichtigkeiten zu beseitigen, soll der Zweck der endgültigen Entscheidung sein. Die Konferenz, zu welcher hiermit die Regierung der Vereinigten Staaten die Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und China einlädt, wird am 11. November in Washington eröffnet werden."

Das Einladungsschreiben des Präsidenten Harding enthält manche treffende Wendung. Daß die Rüstungsausgaben jede produktive Arbeit vernichten und jeden kulturellen Aufstieg hemmen, ist von den Sozialdemokraten schon seit Jahrzehnten geltend gemacht worden. Insofern können wir mit Genugtuung konstatieren, daß diese Gedankengänge von dem Vertreter des Landes ausgesprochen und anerkannt werden, das den Kapitalismus in seiner krassesten Form verwirklicht hat.

Diese Anerkennung darf uns aber nicht dazu verleiten, den praktischen Ergebnissen dieser Konferenz mit großen Hoffnungen entgegenzusehen. Die gegeneinanderstehenden Interessen sind außerordentlich groß. Man denke an die auch in Hardings Einladungsschreiben als Hauptpunkt bezeichnete Abrüstung zur See. Hier ist es England, das nach der ganzen Lage seines Imperiums und nach der ganzen Tradition seiner staatlichen Entwicklung zu irgendwelchen Zugeständnissen nur schwer zu bewegen sein dürfte. Oder denken wir an Frankreich, heute die erste Militärmacht Europas, das seine ganze Nachkriegspolitik auf diese seine Militärmacht stützt.

Außer diesen allgemeinen Erwägungen sind es aber die rein kapitalistischen, handels- und finanzpolitischen Gegensätze, ganz besonders im fernen Osten, die in Washington wohl kaum zu überwinden sein werden. China ist das große Ausbeutungsobjekt, dem sich das Weltkapital mit verstärkter Macht zuwendet. China mit seinen ungeheuren Bodenschätzen, mit seinen billigen Arbeitskräften, mit seinen ungeahnten wirtschaftlichen Möglichkeiten. Wer nach China will, muß den Stillen Ozean beherrschen. Deshalb die angestrebte Lösung der Frage des Pazifischen Ozeans. Da alle Mächte nach den furchtbaren Wirkungen des Weltkrieges ein Interesse daran haben, ihre Gegensätze zuvor sachlich auszutragen, ehe sie sich in neue Kriegsabenteuer stürzen, ist es möglich, daß man zu vorläufigen Abkommen gelangt, indem man einzelne Interessensphären schafft. Aber es liegt in der Natur des kapitalistischen Expansionsdranges, daß er über die durch die politische Klugheit gezogenen Grenzen vordrängt und kriegerische Konflikte hervorruft. Solange die Wirtschaft nicht von der Vernunft, sondern von dem Profit regiert wird, ist es immer wieder möglich, daß noch so vernünftige Abmachungen gebrochen werden und der Stärkere den Schwächeren aus dem Felde zu schlagen sucht. Allein der sozialistische Internationalismus, der auf der freiwilligen Anerkennung der Rechte der Staaten untereinander beruht, wird der Welt den dauernden Frieden geben.

Die Hilfsaktion des Deutschen Roten Kreuzes

Antwort des Russischen Roten Kreuzes

Berlin, 11. August.

In Verfolg der Rußland angebotenen Hilfsaktion des Deutschen Roten Kreuzes ist heute dem Deutschen Roten Kreuz vom Russischen Roten Kreuz eine telegraphische Antwort zugegangen. Das Russische Rote Kreuz erklärt, daß es nach Einvernehmen mit der russischen Regierung das Anerbieten des deutschen Roten Kreuzes vom 30. Juli mit Dank annimmt. Das russische Rote Kreuz betont, **daß es der weitestgehenden Unterstützung der russischen Regierung sicher sei**, und bittet das deutsche Rote Kreuz, die Einzelheiten in unmittelbarem Benehmen mit dem russischen Roten Kreuz zu regeln. Das russische Rote Kreuz begrüßt unter Bestätigung seines vollen Einverständnisses mit den organisatorischen Grundlagen der gesamten Aktion die Bestrebungen des deutschen Roten Kreuzes zur Schaffung einer internationalen Rotkreuz-Hilfe.

Ein Delegierter des deutschen Roten Kreuzes ist bereits nach Moskau unterwegs.

Der Heilige Stuhl und die internationale Rußlandhilfe

TU. **Rom**, 12. August.

Der Heilige Stuhl hat die Einladung des internationalen Roten Kreuzes, an den Verhandlungen über die Hilfeleistung an Rußland teilzunehmen, angenommen.

*

Der Bevollmächtigte des Russischen Roten Kreuzes in Berlin bittet uns, bekannt zu machen, daß er in Sachen der Hilfsaktion für die Hungernden in Rußland täglich von 10—1 Uhr im Geschäftszimmer der Konsulats-Abteilung bei der Vertretung der R. S. F. S. R. in Deutschland, Unter den Linden 11, zu sprechen ist.

Die spanischen Gewerkschaften gegen Moskau

Aus Madrid wird uns unter dem 30. Juli geschrieben:

Wie bekannt, trug die berühmte Erklärung der roten Gewerkschaftsinternationale auf ihrem soeben in Moskau stattgefundenen Kongreß die Unterschrift der beiden spanischen Delegierten Nine und Maurin. Die beiden haben aber durchaus nicht die Gesamtheit der Gewerkschaften, ja nicht einmal eine als oppositionelle Minderheit bemerkenswerte Gruppe vertreten. Darum war das Erstaunen groß, als man in Gewerkschaftskreisen erfuhr, daß die beiden angeblichen Delegierten — denn sie hatten kein reguläres Mandat von den Gewerkschaften erhalten —, eine Erklärung unterzeichnet hatten, daß die Gewerkschaftsbewegung Spaniens sich der kommunistischen Partei unterordne.

Die „Nuova Senda", das einzige, gegenwärtig in Spanien erscheinende gewerkschaftliche Blatt, protestiert energisch gegen die Haltung von Nine und Maurin. Es schreibt: „Die spanischen Delegierten haben nur persönlich dem Antrag, den sie unterzeichneten, beigestimmt. Das Komitee der Gewerkschaften muß ihn unverzüglich widerrufen. Wenn das Gewerkschaftskomitee diesen nötigen Schritt nicht tut, erklären wir, im Namen der Bewegung, im Namen des freiheitlichen Föderalismus, das Gewerkschaftskomitee außerhalb der Gewerkschaftsdisziplin."

Es ist zu bemerken, daß infolge der ständigen Verfolgungen der Mitglieder des Gewerkschaftsbundes die bekanntesten Vorkämpfer, die das Vertrauen der organisierten Gewerkschaftsmassen besitzen und gewöhnlich ihre Wortführer sind, sich im Gefängnis befinden oder nicht mehr in Barcelona wohnen. Deshalb haben die Mandate von Nine und Maurin, selbst wenn sie das Visum des Komitees hatten, weder Kraft noch Autorität.

Jedenfalls sind die 800 000 Mitstreiter des spanischen Gewerkschaftsbundes, die die Führer der Moskauer Gewerkschaftsinternationale auf ihre Mitgliederlisten setzen, nur das Erzeugnis der überhitzten Einbildung einiger Kommunisten jungen Datums.

Die Wirren in China

Wühlarbeit des englischen Kapitals

Der amerikanische Professor John Dewey gibt in der „New Republic" vom 6. Juli die Bedingungen eines Kontraktes an, der zwischen einem englischen Konsortium und der chinesischen Provinz Kanton geschlossen worden ist. Diese Provinz war von der Provinz Kwangsei erobert worden, und aus Geldmangel verkaufte die fremde Regierung die hauptsächlichsten Bergwerke des Landes an das britische Konsortium.

Nach dem geschlossenen Kontrakte erhielt das britische Konsortium ein Monopol über die Kohlenbergwerke in 22 Distrikten der Provinz, die alle an den einzigen Eisenbahnlinien, eingeschlossen die noch nicht vollendete Hankau-Kanton-Bahn, der Provinz liegen. So sind auch alle Transportmittel in der Hand des Konsortiums. Für diese Konzession zahlt das Konsortium der Regierung 1 000 000 Dollar in Silber. Dies Kapital bringt 6 Prozent Zinsen, die dem Konsortium ausgezahlt werden. Das Kapital der Gesellschaft beträgt 10 Millionen und teilt sich in Aktien der Klasse A und der Klasse B. Die ersteren gehen ungeteilt an die Direktoren der Gesellschaft, und drei Millionen der Klasse B werden nach dem Belieben der Direktoren verteilt. Die übrigen zwei Millionen teilen sich in die obenerwähnte Summe, die der Provinz gezahlt wird und in einen Fond, dessen Dividende zugunsten der Armen der Provinz und für Erbauung von Schulen verwendet werden sollen. Jeder Dividendenzahlung voraus geht aber eine Abgabe von 1 Dollar pro Tonne der geförderten Kohle an die Gesellschaft.

Ein Kongreß der britischen Handelskammer in Schanghai stellte sich diesem Kontrakt entgegen und trat für Zusammenarbeit mit China für den Ausbau des Landes ein. Unterdessen wandten sich auch in der Provinz Kanton selbst die Dinge, und die neue Regierung lehnte den Vertrag ab. Die Regierung in Hong-Kong jedoch ist für die Ausführung des Vertrages, und sie wird durch die Nachbarprovinz Kwangsei unterstützt, die sich bereits mit der Provinz Kanton im Kampfe befindet. Die englischen Zeitungen versuchen die neue Regierung in Kanton zu diskreditieren, obwohl sie allgemein als eine vielversprechende angesehen wird.

Großer Brand im Dessauer Güterbahnhof. Heute morgen entstand vermutlich infolge Selbstentzündung auf dem Dessauer Güterbahnhof ein großes Schadenfeuer, das in kurzer Zeit die große Empfangshalle mit vielen wertvollen Kaufmannsgütern völlig vernichtete. Die gesamte Dessauer Feuerwehr und mehrere Lokomotiven bekämpften den Brand. Das Verwaltungsgebäude und die Verladehalle konnten gerettet werden. Der Schaden geht in die Millionen.

Ueberschwemmung in Tirol. Infolge starker Regenfälle hat die Eisack die Gegend bei Klausen und Brixen überschwemmt. Das Wasser reicht bis zum ersten Stockwerk der Häuser. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen. Hilfe ist abgesandt. Nach den bisherigen Feststellungen sind fünf Personen ums Leben gekommen, doch dürfte die Anzahl der Opfer noch höher sein. Etwa zwanzig Häuser wurden zerstört.

Neue Goldfelder in Australien. Aus Neusüdwales wird die Entdeckung einer reichen Goldader gemeldet.

Streik in der Harburger Industrie. Am Dienstag sind 1662 Arbeiter der Harburger Oelindustrie in den Streik getreten. 11 Betriebe sind stillgelegt. Die Streikenden fordern einen Lohnaufschlag von 25 Prozent. Die Arbeitgeber haben 15 Pf. Erhöhung des Stundenlohns zugestanden. Der Schlichtungsausschuß Berlin ist angerufen worden; es schweben noch Verhandlungen. Der Streik wird von den Gewerkschaften gebilligt.

Aus der Weltwirtschaft

Die wirtschaftliche Machtpolitik Frankreichs. Frankreich als stärkste kontinentale Macht Europas benutzt konsequenterweise seine Machtstellung, um Vorteile auf dem Wege der Handelspolitik zu erzielen. Der Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei ist bereits unter einem gewaltigen Druck zustande gekommen; dieses junge Staatswesen mußte die Rechnung für die politische Unterstützung Frankreichs teuer bezahlen. Ueber das polnisch-französische Bündnis, welches Frankreich ungewöhnliche wirtschaftliche Vorteile gewährte, haben wir des öfteren berichtet. Die Annahme ist nicht unberechtigt, daß die Ausführung der Bestimmungen dieses Bündnisses bezüglich der Konzession für die galizischen Oelfelder von der Erledigung der oberschlesischen Frage zugunsten Polens abhängig ist — nunmehr ist der Text des französisch-finnischen Handelsabkommens, welches noch im Monat Juli ins Leben treten soll, bekannt geworden. Frankreich gelang es, durch Ausübung eines politischen Druckes Vorteile zu erzielen, die nach unseren Kenntnissen in der Geschichte der Handelsverträge bisher unbekannt sind. Nicht nur, daß Finnland an Frankreich Meistbegünstigung gewährt hat (daß also alle Zollherabsetzungen zugunsten irgendeines Staates automatisch auch Frankreich zukommen), machte es noch darüber hinaus zwei ungewohnte Zugeständnisse. Zunächst einmal bekam Frankreich ein Importmonopol für Wein und andere alkoholische Getränke. Des weiteren wurde der autonome Zolltarif Finnlands für eine Anzahl wichtiger Artikel in ungewöhnlich hohem Maße herabgesetzt. So sind die Zollsätze für Seide, Wäsche, Wollwaren, Samt, Kunstblumen, Wägen, Spielwaren um 75 Prozent, für Seidenkleider, Parfüme, Hüte, Regenmäntel, feine Unterkleider um 80 Prozent herabgesetzt worden. Als Entgelt erhielt Finnland niedrige Zollsätze für Holz und Holzprodukte; an sich geringfügige Zugeständnisse, die darauf hinweisen, daß es sich hier nicht um eine — an sich wünschenswerte — Erleichterung des Verkehrs handelt, sondern um durch politische Mittel errungene Vorrechte.

Die französische Kaliproduktion. Nach den Angaben in einem Aufsatz der Zeitschrift „Le Producteur" belief sich die französische Kaliproduktion, ermöglicht durch die Annektion Elsaß-Lothringens, im Jahre 1920, auf 192 000 Tonnen Reinkali. Der Verbrauch in der französischen Landwirtschaft war bisher gering. Im Jahre 1914 nicht mehr wie 39 000 Tonnen. Wenn der Boden im selben Maße wie in Deutschland mit Kali gedüngt werden soll, brauchte die französische Landwirtschaft jährlich 150 000 Tonnen. Der mögliche Verbrauch ist also durch die Produktion bereits gedeckt. Die Erzeugung soll bis 1923 auf 400 000 bis 1 Million Tonnen steigen. Frankreich wird also große Mengen Ueberschuß für den Export bereit haben, und wie „Le Producteur" mitteilt, ist es ihm gelungen, sich in Amerika einen guten Absatzmarkt zu sichern.

Ratschläge eines, dem nichts versagt blieb." (Außer dem Geld, das er durch sein Gesudel zu ergattern hofft.) Auch „Das Geheimnis des Herrschens" kann nicht schlecht sein, wenn es auch schwerlich an den „Allbesieger oder die Kunst, seinen Willen unfehlbar anderen aufzuzwingen" (in 20 Stunden erlernbar) heranreicht. Leider sind die Anpreisungen dieser Schundfabrikanten und ihres ganzen, auf die Dummheit unreifer Menschen spekulierenden Trosses nicht auf die Inseratenspalten der bürgerlichen Presse beschränkt. Sie setzen sich auf den Litfaßsäulen fort und finden sich auch in den Schaufenstern vieler Buchhandlungen. Nicht selten werden sie durch Handzettel verbreitet, die wahllos jedem Passanten, selbst Schulkindern, zugesteckt werden. So wird eine ungesunde Romantik gezüchtet, die nicht selten zu schweren Störungen des Seelenlebens, aber auch zu gemeingefährlichen Handlungen, Vergehen und Verbrechen führt. Es ist notwendig, diesen Dingen entgegenzutreten, wo immer sie sich zeigen, und namentlich die Jugendlichen über sie aufzuklären.

pf.

Gebirgsluft in Flaschen. Man schreibt uns: Auf einem Bücherkarren in der Nähe der Universität fand ich dieser Tage eine vergilbte Broschüre mit dem sonderbaren Titel: „Ueber den Nutzen des Gewerbfleißes für die menschliche Gesundheit." Ich habe eine Schwäche für vergilbte Broschüren, die mich schon viel Geld gekostet hat. Diese war wenigstens billig, trotzdem über dem Verlagsort „Wien" das Sturm- und Drangjahr 1848 prangte. Der Name des Verfassers war schamhaft verschwiegen. Wahrscheinlich hatte er es nur aus bitterer Not übernommen, als Herold des „Gewerbfleißes" — wir sagen heute Industrie — in die Schranken zu treten, und genierte sich, seinen Namen zu nennen. Desto ungenierter trug er von da und dort zusammen, was ihm als Stütze seiner These irgendwie geeignet zu sein schien. Das so zustande gebrachte Material enthält unter anderem folgendes Histörchen: „Herr Wirer„ Doktor der gesamten Heilkunde zu Ischl (ein berühmter Kurort im österreichischen Salzkammergut, der namentlich von den Hof- nd Finanzkreisen gern besucht wurde), ersann ein Verfahren, welches die gesundheitsfördernde Luft gedachten Ortes, ohne den wirkenden Elementen derselben auch nur einigen Abtrag zu tun, eingefüllt in gewöhnliche Flaschen von Glas mit gesiegelter Kapsel, auf selbst die weiteste Entfernung hin zu versenden gestattet. Ist auch die leidende Menschheit vor allem dem großen Erfinder zu unauslöschlichem Danke verpflichtet (!), so gebührt nicht minder dem rastlosen Gewerbfleiß von demselben ein Teil, wofern er Sorge trägt, daß die segensreiche Erfindung ihren Lauf durch die Lande nimmt und nicht verfehlt, ihre Bestimmung zu erreichen. Hohe und höchste Herrschaften, wie nicht minder der gebildete Bürgerstand sind solcher Gestalt in die Lage versetzt, der heilsamen Ischler Luft zu genießen, indem sie tafelnder Weise oder zu sonst genehmer Stunde ein oder mehrere Wirersche Flaschen eröffnen, wo auch immer sie sich aufhalten mögen und ohne Ansehung der Entfernung von Ischl." Die hohen und höchsten Herrschaften fanden an dem Schwindel, auf den sie prompt hereinfielen, so viel Gefallen, daß der gute Dr. Wirer zum Hofrat befördert und geadelt wurde. Was aber den „Gewerbfleiß" betrifft, so begnügte er sich, bescheiden, wie er nun einmal ist, mit den fetten Profiten, die dabei für ihn abfielen. Und die Moral von der Geschichte? Hüte dich vor Gebirgsluft in Flaschen, aber sei froh, wenn das Geschlecht der Plusmacher deiner Gesundheit nicht mit gefährlicheren Dingen zu „nützen" trachtet! Schw.

Der Pulsschlag der Pflanzen. „Es gibt nichts im Tier, das nicht in der Pflanze vorweggenommen ist. Bringt man eine Pflanze in ungünstige Bedingungen, etwa in heißes Wasser, so kämpft sie eine Zeit und stirbt. Und dieser Todeskampf vollzieht sich in derselben Weise wie beim Tier." Dieser Satz stammt von dem indischen Gelehrten Jagadis Chandra Bose, der in seinem berühmten Untersuchungsinstitut in Kalkutta die experimentellen Methoden der modernen Naturwissenschaft mit dem hingebungsvollen Verständnis des Inders vereint. In einem Vortrag, den er kürzlich in der Britischen Akademie der Wissenschaften hielt, führte Bose aus, daß es ihm gelungen sei, mit von ihm konstruierten feinsten Apparaten das Wachstum der Pflanzen zu messen und ihre Reaktionen auf jeden äußeren Reiz zu beobachten. Bose erklärte: „Es gibt in bestimmten Geweben der Pflanze einen Pulsschlag, so wie es bei den Tieren einen Herzschlag gibt. Die gleichen Wirkungen können durch Reizungen und Gifte bei Tieren und Pflanzen hervorgerufen werden. Die Pflanzen besitzen sogar eine feinere Sensibilität als tierische oder menschliche Wesen." Und die Art, wie sie auf äußere Reize antworten, wird von Bose mit einem drahtlosen Empfangsapparat verglichen. Boses Messungen des Pulsschlages der Pflanzen ergaben, daß die von der Pflanze dabei ausgeführten Bewegungen den hunderttausendsten Teil eines Zolles in der Sekunde ausmachen. Der indische Gelehrte hat neuerdings, wie die „Anthropologische Monatsschrift" mitteilt, seine Versuche auch auf die unorganischen Stoffe ausgedehnt, um aufzuzeigen, wie auch bei den Metallen Reaktionen möglich sind.

D.

Ein Serum gegen Erblindung will ein amerikanischer Arzt erfunden haben. Es handelt sich um einen gewissen Dr. Erasmus Pond in Brooklyn, der behauptet, jeden, der sich mit seinem Serum impfen läßt, dauernd vor der Gefahr der Erblindung bewahren zu können, einerlei, von welcher Art und Schwere das im einzelnen Fall vorliegende Augenleiden sei. Die einzige Einschränkung, die der Wundermann macht, besteht darin, daß der Kranke das Augenlicht noch nicht völlig eingebüßt haben darf, wenn die Kur beginnt, sondern mindestens noch imstande ist, eine ihm in einiger Entfernung vorgehaltene Hand zu erkennen. Es wäre nicht ganz unwichtig, zu wissen, wie groß oder wie klein diese Entfernung sein muß, aber die ebenso großsprecherischen wie nichtssagenden Erklärungen, die der angebliche Erfinder in der amerikanischen Presse veröffentlicht, schweigt sich hierüber ebenso aus wie über alle anderen Einzelheiten der vorläufig reichlich romanhaften Angelegenheit, über die wir ohne weiteres zur Tagesordnung übergehen würden, wenn es nicht notwendig wäre, den kritiklosen Ausstreuungen entgegenzutreten, die auch von deutschen Zeitungen wiedergegeben werden. Solange nicht einwandfreie wissenschaftliche Gutachten von uninteressierter Seite vorliegen (und dies ist bis jetzt nicht der Fall), ist das denkbar schärfste Mißtrauen gegen solche und ähnliche Erfindungen am Platz.

pf.

Groß=Berlin

Nacktkultur

Muckertum und Pfaffentum haben von jeher ihren Hauptrückhalt in einer forschen Monarchie gehabt und die Geschichte lehrt, daß unter den schlimmsten Despoten Kirche und Denunzianten sich am wohlsten und sichersten gefühlt haben. Im dunklen Mittelalter, als die Fürsten alles und ihre Untertanen nichts waren, übte die katholische Kirche ein Schreckensregiment aus und alle diejenigen galten als ihre Lieblinge, die möglichst viel Menschen auf die Scheiterhaufen brachten. Das Schnüffeln und Angeben war ein einträgliches Geschäft und mancher fromme Lump schaffte sich auf diese Weise seine Widersacher vom Halse.

Auch unter Wilhelm dem Letzten, der bekanntlich seinen geistigen Tiefstand nicht zuletzt auch durch ekelhaftes Frömmeln und Nachäffen kirchlicher Handlungen ständig nachzuweisen lebhaft bemüht war, führten Mucker, Pfaffen und Anschwärzer ein sattes Dasein und sie sind es, die im Verein mit den Kriegshetzern ganz bitterlich der vorflossenen „Herrlichkeit" nachweinen. Man hat auch einen Sammelbegriff für diese Zierden der Menschheit: „Deutschnationale".

In den letzten heißen Tagen nun widerfuhr den strammen Herrschaften, sofern sie namentlich in die an der Peripherie Berlins gelegenen Arbeiterviertel kamen, etwas ganz Erschröckliches. Dort draußen nämlich konnte man hunderte von Arbeiterjungen und Arbeitermädels sehen, denen die Mütter gestattet hatten, nur in Badehosen auf der Straße herumzulaufen. Die Jugend, glücklich darüber, tollte vergnügt durch die Anlagen und wo sich ein fließendes oder stehendes Wässerchen zeigte, flugs sprangen die kleinen Nacktfrösche munter darinnen herum.

Das war eine Herrlichkeit und jeder unbefangene Spaziergänger freute sich mit den Kleinen, gönnte ihnen diese Erholung von Herzen und hätte es ihnen am liebsten nachgemacht. Freilich: Kriegsgewinnlerskinder und solche aus dem Lager der Hurraschreier und Mucker befanden sich nicht unter den Ausgelassenen; die saßen und sitzen an der See und machen dasselbe in vornehmerer Art, weil ihre Eltern es verstanden haben, auf Kosten ihrer Mitmenschen reich zu werden.

Dasselbe? Beileibe nicht. Quod licet Jovi, non licet bovi, und darum erhoben einige Passanten ein groß Geschrei, sprachen von Schamlosigkeit und Unerhörtheit und riefen nach der Obrigkeit, damit sie einschreite. Und als sie es vernünftigerweise nicht tat, hieß es voller Entrüstung: „Das wäre früher nicht möglich gewesen . . . !" Früher, nämlich unter der glorreichen Zeit Wilhelms, als noch hinter jedem Strauch ein Gendarm lauerte.

Wer in einem nackten, oder vielmehr noch nicht einmal ganz nackten Kinde, etwas Schamloses findet, beweist damit nur, daß er selbst von schmutzigen Gedanken geleitet wird. Statt den Proletarierkindern dieses gesunde Treiben von Herzen zu gönnen und es ihnen vielleicht gar zu erleichtern, empören sich diese Muckerseelen, um vielleicht abends, wenn sie niemand mehr sieht, in irgendeinem Berliner Vergnügungs- oder Lebelokal mit wirklich schamlos dekolletierten Weibern unzüchtige Orgien zu feiern. Das sind dieselben Herrschaften, die Freibäder nur aufsuchen, wenn sie fern vom Wirkungs- und Bekanntenkreise weilen, die dort neue Nervenkitzel erstreben und schamlos bis zum Erbrechen allen Begriffen von Anstand und Sitte kurzerhand den Hals abdrehen.

Das sind dieselben Herrschaften, deren weiblicher Teil neulich im Lokalanzeiger allen Ernstes darlegte, daß es dem Empfinden der Frauen widerstrebe, die Gegenwart hemdärmeliger Männer zu ertragen. Es sei das Gefühl der wohlerzogenen Frau, wenn sie gegen die Hemdärmel des Mannes aufbegehre, denn Hosenträger und die aus der Weste herausschauenden (!) Hemdärmel (!) gehörten in die Verschwiegenheit der Schlafstube. Also wörtlich. Selbstverständlich ist es etwas anderes, wenn dann diese Frauen in Gesellschaft oben nischt und unten nischt anhaben und sich in ihrer Garderobe den Südseeinsulanerinnen nähern.

Wie sagte ich doch oben? . . . Quod licet Jovi, non licet bovi. Wenn zwei dasselbe tun, ist es doch nicht dasselbe. Oder: Nacktsein muß konzessioniert werden, sonst ist's Schweinerei.

Wegen Mißbrauchs der Erwerbslosenfürsorge hat das Bezirksamt 14 in den letzten Monaten gegen 90 Personen das gerichtliche Strafverfahren eingeleitet. In der Mehrzahl der Fälle ist die Fürsorge in der Weise hintergangen worden, daß während des Bezuges von Erwerbslosenunterstützung gearbeitet und der oft sehr erhebliche Verdienst hieraus verschwiegen wurde. In anderen Fällen sind irgendwelche Einkünfte des Ehegatten nicht angegeben worden. Ein großer Teil der gestellten Strafanträge hat bereits seine Erledigung durch Urteilsverkündung gefunden, und zwar wurde je nach Umfang des festgestellten Betrages in 21 Fällen auf Geldstrafe von 50 bis 500 M. oder entsprechende Haft, in 7 Fällen auf Gefängnis bis zu 2 Monaten erkannt. In der Regel entstehen den in Frage kommenden Personen durch teilweisen oder dauernden Ausschluß von der Fürsorge noch erhebliche wirtschaftliche Nachteile. Vor Betrugsversuchen kann also nur immer wieder eindringlich gewarnt werden.

Die Berliner Feuerwehr hatte in der Lützowstraße 30 und 106 zu tun, wo Schwefelkohlenstoff Personen in Gefahr gebracht hatte- und eine Wohnung überschwemmt war. Die Feuerwehr leistete schnelle Hilfe.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Meist warm, ziemlich aufklärend, jedoch überwiegend bewölkt, mit etwas Regen und Gewitterneigung, bei meist schwachen westlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Wie kommen die Diätare aus ihrer Notlage heraus?

So lautete das Referat des Kollegen Dose vom Berliner Bezirksverein des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten, das in einer überfüllten Versammlung in den Germaniasälen, Chausseestraße, gehalten wurde. Der Referent wies in sachlichen Ausführungen darauf hin, daß der Berliner Bezirksverein darauf drängt, daß der **Anschluß des Deutschen Beamtenbundes an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und die Afa** vollzogen werden muß, und erwartet, daß dann auch die Interessen der Beamten am besten vertreten werden. Die Notlage der Diätare, die heute 600 bis 900 Mark monatlich erhalten, wird dann unbedingt behoben werden.

Auch die meisten Diskussionsredner stellten sich auf dem Boden des Referats und verlangten den Anschluß an die freien Gewerkschaften. Nur zwei „Kommunisten" blieb es vorbehalten, eine andere Stellungnahme zu bekunden; der eine sagte, der Anschluß an den A. D. G. B. wird ja darum zustande kommen, weil der A. D. G. B. ebenso lau geworden ist wie der Deutsche Beamtenbund. Der andere „Kommunist", Greif mit Namen, wollte natürlich noch eine bessere Parole für die armen Diätare wissen, indem er heftig über die bisherigen Organisationen und deren Führer herzog, denen ein Mißtrauensvotum ausstellte und Neuwahlen derselben verlangte, trotzdem erst im Frühjahr der Berliner Bezirksvorstand neugewählt wurde und sich redlich Mühe gibt, die Interessenvertretung der Beamten vorzunehmen und die regste Initiative ergriff, um den Deutschen Beamtenbund vorwärts zu treiben. Dies alles weiß der „Kommunist" Greif, jedoch darauf kam es ihm nicht an, das anzuerkennen, sondern den Wirrwarr auf die Spitze zu treiben und Großorganisationen zu zerschlagen. Es gelang denn Greif auch, eine Entschließung in seinem Sinne durchzubringen. Dieselbe brauchte gar nicht beachtet werden; denn sie ist nicht von den Mitgliedern des Verbandes angenommen worden, sondern von einem größeren Haufen, der sich wohl auf die Anregung Greifs Zutritt durch einen Nebeneingang in den Saal verschafft hatte, ohne sich ausweisen zu können. Also daraufhin kann die angenommene Greifsche Entschließung angezweifelt werden, aber der Bezirksvorsitzende Echterbecker war nicht kleinherzig, sondern, da durch diese Versammlung (die keine Mitgliederversammlung mehr war) dem Vorstand das Vertrauen abgesprochen worden war, schloß er kurzerhand die Versammlung, ohne über weitere Entschließungen abstimmen zu lassen.

Der Verlauf der Versammlung konnte nur darum ein derartiger sein, weil, wie der Kollege Steiner mit Recht hervorhob, die Beamten gewerkschaftlich schlecht und politisch sehr wenig geschult sind. Steiner betonte, daß er fest zur U. S. P. stehe und verlangte unter Zustimmung der Versammlung den wirtschaftlichen und politischen Sozialismus.

Tarifverhandlungen der Berliner Kino-Vorführer. Eine am Mittwoch, den 10. d. Mts., stattgefundene Sitzung der Lohnkommission des Zentralverbandes der Film- und Kinoangehörigen, mit den Kinotheaterbesitzern kam zu keinem Ergebnis. Die von den Arbeitgebern gebotenen Löhne konnten von den Arbeitnehmern nicht als Verhandlungsbasis angesehen werden, da sie weit hinter dem zurückbleiben, was bereits heute den meisten Kinovorführern gezahlt wird. Nach längeren Verhandlungen, in denen die Kinobesitzer den Arbeitnehmern weißmachen wollten, daß viele Theater nur deswegen ihre Geschäfte offen halten, um ihren Angestellten „Brot zu geben", wurden die Verhandlungen abgebrochen. Die Arbeitgeber wollten zunächst nochmals mit ihren Auftraggebern Rücksprache nehmen, um ein Angebot zu machen, das man als „diskutabel" bezeichnen kann. Von den Arbeitnehmervertretern wurde angeführt, daß man hier nur zum Schein verhandeln wolle, um nach außenhin damit zu glänzen, in Wirklichkeit aber gar nicht daran denkt, eine Zulage gewähren zu wollen. Neue Verhandlungen finden am Montag, den 15., statt. Die Vorführer werden alles versuchen, alle Verhandlungsmöglichkeiten zu erschöpfen, erwarten aber auch, daß auf Seiten der Arbeitgeber der ernste Wille vorhanden ist, die Tarifverhandlungen zu beschleunigen. Die Vorführer sind aber gewillt, mit allen Mitteln dafür zu kämpfen, daß sie Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten, die es ihnen ermöglichen, ihre Familien in einwandfreier Weise zu ernähren.

Konferenz der Chausseearbeiter. Am Sonntag, den 7. August 1921, tagte im Berliner Gewerkschaftshause eine Konferenz der Provinzial- und Kreis-Chausseearbeiter der Provinz Brandenburg, welche aus allen Kreisen der Provinz mit Delegierten beschickt war. Die Konferenz nahm Stellung zu den bisher abgeschlossenen Bezirkstarifen im Regierungsbezirk Potsdam und Frankfurt a. d. O. Als Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter nahmen vom Gau Brandenburg Kühne und vom Gau Frankfurt a. d. O. Strunk und Bertholdy an der Konferenz teil. Es wurde beschlossen, daß beide **Bezirkstarife zum 1. Oktober zu kündigen** und neue Tarifentwürfe den Arbeitgeberverbänden einzureichen sind. Die Konferenz fordert, daß die **achtstündige Arbeitszeit** im Sommer und Winter gleichmäßig zur Durchführung gelangt. Ferner wird gefordert, daß in dem Augenblick, wo er Straßenwärter seine Strecke betritt, auch seine Arbeitszeit anfängt. Bisher hatten die Straßenwärter und -arbeiter mitunter 10—15 Kilometer Wegstrecke an einem Tage zurückzulegen, wofür sie keinen Pfennig Vergütung erhielten. In dem neuen Tarif soll ein Paragraph enthalten sein, der es den Kreis-Chausseearbeitern ermöglicht, mindestens alle 3 Monate eine Kreis-Betriebs-Versammlung abhalten zu können und zu diesem Zwecke einen Tag Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes bekommen. **Die jetzt gezahlten Löhne sollen ab 1. Oktober 1921 um ca. 30 Prozent erhöht werden,** da mit dem jetzt gezahlten Tagelohn von M. 24.— bis M. 28.— die Chausseearbeiter nicht die allernotwendigsten Ausgaben für den Lebensunterhalt bestreiten können. Aus den Ausführungen von Kühne und Strunk ging hervor, daß die Chausseearbeiter jetzt fast restlos im Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisiert sind.

Schildermaler. Die Firma Mathes u. Rahn, Neukölln, Schönstedtstr. 13 und die Firma Senß, Anklamer Str. 47, sind gesperrt. Die Kollegen stehen im Streik.

Gewerkschaften Charlottenburgs! Zu den am 21. August stattfindenden Gewerbgerichtswahlen ist es zunächst von größter Wichtigkeit, daß sich jeder Wähler und Wählerin in den Besitze einer vom Arbeitgeber ausgefüllten Wahlbescheinigung setzt, denn ohne einer solchen können sie ihr Wahlrecht nicht ausüben. Wahlbescheinigungsformulare für mittlere und kleine Werkstätten sind auch beim Obmann der Gewerkschaftskommission, Genossen Otto Flemming, Pestalozzistr. 13, vorn 4 Treppen, unentgeltlich zu haben, sowie auch jede Wahlauskunft. Am 19. und 21. August befindet sich das Wahlbureau im Lokal des Herrn Jakob, Bismarckstraße 38 (Amt Wilhelm 4885) und wird ersucht, an den beiden Tagen sich an den vorkommenden Wahlarbeiten (Stimmzettel verteilen usw.) recht rege und zahlreich zu beteiligen.

Der Ausschuß der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, 13. August

2. Verwaltungsbezirk, 4. Distrikt (Westen). Achtung! Bezirksführer. Die Billetts zum Sommerfest in der Bockbrauerei müssen Sonnabend abend bei Wiemers abgerechnet werden. Nichtabgelieferte Billetts gelten als verkauft. Der Vorstand.

3. Distrikt (Wedding). Die verkauften Teilnehmerkarten vom Waldfest sind am Sonnabend abend abzurechnen: 1. Abt. bei Kroll, Utrechter Str. 21, 2. Abt. bei Lisowski, Seestraße 108.

20. Distrikt (Kreuzberg). Die Abteilungsführer werden ersucht, die Vorschläge für Stadt- und Bezirksverordnete bis Sonnabend an Genossen Lier, Naunynstr. 8, abzugeben.

Charlottenburg. 3. Abteilung. Abends 8 Uhr bei Witt, Helmholtzstraße 34. Funktionärsitzung und Abrechnung.

Sonntag, 14. August

8. Distrikt. Die Genossen, die die Ruppiner Fahrt nicht mitmachen, treffen sich heute mittag 12½ Uhr auf dem Sportplatz (Ecke Lunarstraße) zur Teilnahme an dem Spandauer Waldfest. Abfahrt von Bahnhof Putlitzstraße 1.04 Uhr.

Jugendweihe, Charlottenburg. Am Sonntag beginnt der vorbereitende Unterricht in der Hindenburgschule um 9 Uhr vormittags. Anmeldungen werden dort entgegengenommen. Weitere Anmeldungen werden vollzogen bei Schmuhl, Siebelstraße 21, Huckel, Wehringstr. 8, Hartig, Sickingenstr. 58, Hilse, Konsumgenossenschaft, Kaiserin-Augusta-Allee 56, Mendicke, Haller Str. 27, Kerber, Pestalozzistr. 14.

Vereinskalender

Freitag, 12. August

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung Reinickendorf abends 7½ Uhr im Hagenbeck, Müller-, Ecke Seestr. — Reinickendorf abends 7½ Uhr im Rest. Schulz, Wittenau, am Bahnhof. — Siemensstadt abends 7½ im Rest. Schloßklause, Nonnendamm-Allee. — Tegel abends 7½ Uhr im Café Hohenzollern, Straßenbahn Endhaltestelle. — Mitgliederversammlung der Fachgruppe Chemische Industrie im Blauen Saal, Nordischer Hof, Invalidenstraße 126, abends 7½ Uhr.

Sonnabend, 13. August

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde", Gruppe Osten. Sommerfest am Bötzsee. Abfahrt 6.30, 8.20, 9.20 Uhr, Schles. Bahnhof nach Strausberg. Gäste willkommen.

Der Männerchor Reinickendorf-Ost veranstaltet abends 7 Uhr im Park am Schäfersee (Seebad) ein öffentliches Volkskonzert unter persönlicher Leitung seines Chormeisters Herrn Schulken. Der Zutritt ist frei. Freiwillige Spenden werden gesammelt und unsern hungernden Brüdern in Rußland überwiesen werden.

Montag, 15. August

Bezirksbetriebsrat bei der O. P. D. Berlin. Abends 6 Uhr im Restaurant Schulz, Berlin C., Königsgraben 2, Vollversammlung der Betriebsräte im O. P. D.-Bezirk Berlin für sämtliche örtlichen Betriebsräte und Betriebsobleute. Tagesordnung: Geschäftliches und Verschiedenes. Laut Beschluß der letzten Vollversammlung findet am Saaleingang eine Kontrolle statt um festzustellen, welche Betriebsräte der Versammlung fernbleiben. Amtlicher Ausweis dient als Legitimation.

Freie Schwimmer-Spandau. Mitgliederversammlung bei Windt, Pichelsdorfer Straße 5. Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich. Nichterscheinen bei nicht genügender Entschuldigung zieht den Ausschluß nach sich. Wir bitten, diesen Passus besonders zu beachten.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: I. V.: Robert Hensel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Romeiner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Billige Arbeiterstiefel!
gut durchrepariert, neu besohlt.
Schnürschuhe, Paar Mark 35,—
Schaftstiefel, Paar Mark 50,—
sowie Geschirrsachen und Leder aller Art zu außerordentlich billigen Preisen.
Militärmäntel, Röcke u. Hosen
zu fabelhaft billigen Preisen.
Berlin:
Eislebener Str. 11, Laden 4, Fransecktstr. 28, Ecke Ruhestr.
Frankfurter Allee 317, Köpenicker Straße 136
Charlottenburg, Scharrenstraße 31
Spandau, Charlottenstr. 2. Tel.: Spandau 429 (Neb.-Anschl.)

Heine Reliquien
Neue Briefe und Aufsätze Heinrich Heines
Herausgegeben von
Maxim. Frh. v. Heine-Geldern
und
Gustav Karpeles
mit 5 Bildnissen und 5 Faksimiles
Ein 360 Seiten starker
Ganzleinenband
30.— Mark
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 :: Breite Straße 8-9

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit", Breite Str. 8-9

Der Mieterschutz
Preis 4 Mark
Beste gemeinverständl. Darstellung des Mieterschutzes und der Höchstmietenverordnung / Von Dr. Paul Hertz und Rechtsanwalt Dr. Kurt Boenheim / Mit Nachtrag:
Die Aenderungen des Mieterschutzes
Bestellen Sie sofort bei der Buchhandlung Freiheit / Berlin C 2

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages

Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Staunenerregend! Kreuzfüchse 75.—, Rotfüchse 60.— Mark an, Alaskafüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Keine Lombardwaren! Leihhaus Warschauer Straße 7.

Einsegnungsanzüge Kammgarn 200.—, Herrenanzüge, Gummimäntel, Damenmäntel, Röcke, Fuchskragen, Gardinen, Wäsche, Goldwaren. Riesenauswahl. Keine Versatzware. Leihhaus Boxhagener Straße 47 (Holteiecke).

Kreuzfüchse, Silberfüchse, Alaskafüchse. Spottbilliger Verkauf. Gelegenheitskäufe von Herrengarderobe. Keine Lombardware. Leihhaus Friedrichstraße 2, Hallesches Tor.

Kreuzfüchse, seltene Gelegenheit vor der Verteuerung, ebenso Silberfüchse, Alaskafüchse, Zobelfüchse, Sealmäntel, Sportpelze, fabelhaft billig! Keine Lombardware. Leihhaus, Brunnenstr. 5.

Leihhaus, Brunnenstr. 5. Nur einige Tage! Wir haben einen großen Posten Maßstoffe, zum Teil englische, erworben und solche mit prima Zutaten, elegantem Sitz, aufs feinste ausstatten lassen, jeder Maßarbeit gleichkommend und bieten an: Anzüge, Cutaways, Schlüpfer (Winter) 560.— an. Monatsanzüge, Paletots, teils auf Seide, 300, 400, 450. Keine Lombardware.

Gardinen-Käufer
Wir verkaufen jetzt Künstlergardinen, dreiteilig, in Englischtüll, Erbstüll und Etamine, Garnitur 78, 95, 125. Madrasgardinen, waschechte Farbenstickereien, Garnitur 105, 135, 160. Schalgardinen, abgepaßt und vom Stück, zirka 65 cm breit, Fenster 45, 58, 70, 90. Halb- u. Langstores, reizende Muster, 45, 65, 90, 110. Bettdecken, ein- u. zweibettig, in wunderbarer Ausführung, 78, 96, 125, 160. Gardinenstoffe, prima Qualität, doppelbreit, Mtr. 11.50, 14, 17, 18.50. Gardinenreste spottbillig. Auf Tisch- und Diwandecken, Steppdecken, Teppiche, Läufer gewähren wir 10 % Extrarabatt bei Vorzeigung dieser Anzeige. Gardinen- u. Teppich-Spezialhäuser Weininger & Co., Große Frankfurter Straße 104 (am Straußberger Platz, nahe Andreasstraße). Fried's Gardinenhaus, Prinzenstraße 84 (am Moritzplatz.) Keine Läden.

Im Leihhaus Rosenthalerstraße 14 kaufen Sie zu billigsten Preisen alle Arten Herrengarderobe. (Keine Lombardwaren.)

Bettwäsche billig. 6 billige Tage vor Preiserhöhung. Bettbezug 35.—, Kissen 11.—, Bettlaken 20.—, Inletts 88.—, Wäschestoffe, Handtücher, Tischwäsche, Engrospreise. Reelle fachmännische Bedienung. Fahrtvergütung. Wäschefabrik Gräfestr. 39 (Hasenheide).

Räderweidlich. Letterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstr. 96 (Humboldt 874).

Klappsportwagen, Kinderwagen, Kinderdrahtbettstelle, hochelegant, verkauft Schwarzmann, Kottbuser Damm 93.

Teppiche, wenig gebraucht, verkauft billig Stein, Anklamerstraße 30.

Ledersohlen, billig. Weißbach, Heiligegeiststr. 46.

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden verkauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Str. 8-9.

Neuheit. Gummikrawatten, abwaschbar, unverwüstlich. Dauerwäschedorn, Reichenbergerstr. 7.

Strickmaschine, Klasse 2, Schuhmacher - Nähmaschinenkopf, Ladentisch, Ladenuhr, billig zu verkaufen. Koschmal, SO. 36, Graefestraße 6.

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher jeder Art findet man stets in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Möbel

Chaiselongues 160.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderdrahtbett. Wencke, Augustastr. 32a, Hofgb.

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Chaiselongues 200.— bis 575.—, Umbauplüschsofas, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110.—, Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Fahrräder

Motorräder, Autozubehör, Motore kauft Hartmann, Fahrzeugfabrik, Schwedter Str. 258.

Tandem, W. K. C., Doppelfreilauf, gut erhalten, 1500, verkauft Bonfeld, Lebuserstr. 14.

Kaufgesuche

Schellack, Leim, Malerartikel kauft jeden Posten. Farbenkeller, Lintenstraße 199a (Rosenthaler Platz), Norden 5053.

Nähmaschinenkauf, auch schadhafte. Buhom. Telephon Moritzplatz 10174.

Hilferding. „Das Finanzkapital". Broschiert oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Geld-Verkehr

Betriebskapital, Geldvermitteln darleihen, Ratenrückzahlung. Richter, Invalidenstraße 146 II.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer und sämtliche Werkzeuge, Schraubstöcke usw., billigst. Richard Berlin G. m. b. H., Lübbecker Str. 16, Hansa 227.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Strausberger Straße 44.

Kugellager kauft höchstzahlend jeden Posten Ebertystraße 18, Laden, Kgst. 2789.

Bochkerzen, Kugellager kauft Fahrradgeschäft Schönhauser Allee 118. (Humboldt 1927.)

Jeder Genosse
kommt einmal in die Lage
inserieren zu müssen.
Denke dann
an die „Freiheit"